



MARKUS GISLER

Die Banken verweigern jedes Risiko

Man ist sich einiges gewöhnt in Sachen Konjunkturprognosen. Nachdem zwei Jahre lang die Voraussagen nach unten korrigiert wurden, scheint plötzlich das Gegenteil nötig zu werden. Die OECD hat am Donnerstag ihre März-Prognosen nach oben korrigiert. Im Jahr 2010 sollen die Schlüsselmärkte wachsen: China um 9,3 Prozent (statt 8,5), Brasilien um 4 (statt 3,8), die USA um 0,9 (statt 0), und Japan um 0,7 Prozent (statt -0,5). Die Trendwende hat mit den gewaltigen Summen zu tun, welche die Notenbanken den Geschäftsbanken zur Verfügung stellen. Eben hat die europäische Zentralbank 1100 Banken 442 Milliarden Euro zu gerade mal einem Prozent Zins ausliehen. So weit so gut. Doch reichen die Banken das Geld an die Industrie weiter? Zweifel sind berechtigt, wie Beispiele aus der Schweiz zeigen.

Tiefe Zinsen helfen, die Kosten tief zu halten, doch es braucht auch den Willen, Geld überhaupt auszuliehen. Den Banken ist der Risikoappetit vergangen. Bloss keine weiteren Ausfälle, lautet die De-

«Reichen die Banken das Geld an die Industrie weiter? – Zweifel sind berechtigt»

vis. Dazu kommt die Situation des einzelnen Kreditverantwortlichen. In einer Zeit, wo Stellen gestrichen und Kollegen gefeuert werden, fürchtet der Einzelne um seinen Job. Lieber verzichtet er auf ein Geschäft, als dass er (oder sie) einen Kreditausfall in Kauf nimmt. Und weil früher Boni für neue Geschäfte bezahlt wurden, heute aber

ein Ausfall miteingerechnet wird, entfällt dieser Anreiz. Das Resultat: Kredite werden nur gesprochen, wenn das Risiko gegen null tendiert. «Dafür braucht es keine Banken», sagt ein entnervter KMUler, dem die UBS einen Kredit von einer halben Million Franken verweigerte, während die CS mit der Begründung, das Volumen sei zu klein, gar nicht erst mitgeboten hatte. Sein Vater musste ihm aushelfen, indem er bei der Kantonalbank die Hypothek aufstockte. Doch nicht jeder hat einen kreditfähigen Vater.

Kein Wunder fordert Swissmem-Präsident Johann Schneider-Ammann, der Staat solle für KMU eine Bürgschaft anbieten, damit sie von den Banken bessere Kreditkonditionen erhalten. Wenn die Banken ihr Geschäft nur noch darin sehen, von Sparern Geld entgegenzunehmen und ihnen Aktien und Obligationen ins Portefeuille zu legen, bricht das System zusammen. Da nützt es nichts, wenn die Zentralbanken Geld fast gratis zur Verfügung stellen. Und die Konjunkturprognosen entpuppen sich einmal mehr als falsch.

Die Banken drängen die

Die Finanzinstitute knüpfen die Kreditvergabe an Unternehmen an harte

VON BENITA VOGEL, BEAT SCHMID (TEXT), CHRISTIAN CALAME (ILLUSTRATION)

ZÜRICH In sieben Tagen 2700 Jobs weg – das sind schwarze Tage für die Industrie. Seit Anfang Jahr haben Unternehmen aus dem zweiten Sektor bereits über 8000 Stellen abgebaut. Weitere Kürzungen stehen an – schon nächste Woche. Recherchen der SonntagsZeitung zeigen: Beim Technologiekonzern Siemens in Zug findet am Mittwoch ein Treffen der Sozialpartner statt. Wie viele Jobs verloren gehen und in welchen Bereichen, wird dann bekannt. Siemens setzte schon im letzten Sommer den Rotstift an und strich 17000 Stellen, der Standort Schweiz kam glimpflich davon.

Ebenfalls nächste Woche finden beim Chemieunternehmen Siegfried in Zofingen AG Gespräche der Sozialpartner statt. Nachdem externe Unternehmensberater aus dem Haus sind, geht es jetzt an die Umsetzung der Restrukturierungsvorschläge. Laut Chef Markus Altwegg kommt Kurzarbeit nicht infrage. Eventuell würden Schichtmodelle umgestellt. Mitarbeiter sprechen von Outsourcing. Im Bereich Unterhalt sollen Stellen ausgelagert werden.

Auch der Winterthurer Kompressorhersteller Burckhardt Compression wird reorganisiert.

Am Dienstag läuft das Konsultationsverfahren zum Stellenabbau ab. Es soll eine zweistellige Zahl von Entlassungen geben.

Es gibt eine Liste von Firmen, die Probleme mit Banken haben

Grund für die Abbauwelle sind nicht nur eingebrochene Umsätze. Die beiden Grossbanken sowie die ZKB drängen die Unternehmen zu Entlassungen. Dies bestätigt der ehemalige Sulzer-Verwaltungsratspräsident Ulf Berg gegenüber der SonntagsZeitung (*Interview unten*). Laut Berg gibt es in der Schweiz eine hohe Zahl von Einzelfällen, wo Banken die Kreditvergabe an den Personalabbau knüpfen. Doch nicht nur das, sie reden sogar ins «tägliche Geschäft» rein oder fordern den Verkauf von Firmenteilen, wie Berg sagt, der in den Verwaltungsräten von Bobst, Ems Chemie und Stellba Schweissttechnik sitzt sowie Vorstandsausschuss-Mitglied des Branchenverbands Swissmem ist.

Ein anderer Unternehmer, der nicht genannt sein will, klagt, dass die Banken ihn zwingen, nur noch Nischenprodukte zu produzieren. Die Begründungen seien salopp, nach dem Motto: «Alles andere werde ja eh in China produziert.» Der Finanzchef eines grossen Schweizer Industriekonzerns bezweifelt, dass die Banken den nötigen Sachverstand mitbringen.

«Sie verlangen, dass wir unseren Businessplan für die nächsten drei Jahre vorlegen. Das nützt aber nichts, sie haben keine Ahnung von unserer Branche und wissen nicht, was wir machen.»

In der Krise ist die Beziehung zwischen Banken und Industrie angespannt. Der Branchenverband Swissmem führt eine Liste

So viel ging 2009 in der Industrie verloren

Unternehmen Stellenabbau

| | |
|----------------|-------|
| Georg Fischer | 2300 |
| Sulzer | 1400 |
| Franke | 1400* |
| Conzeta | 400 |
| Landis + Gyr | 300 |
| SR Technics | 300 |
| Franck Muller | 284 |
| Huber + Suhner | 250 |
| Ems | 216** |
| Feintool | 200 |
| Mikron | 165 |
| Müller Martini | 150 |
| Infranor | 130 |
| Zenith | 94 |
| OC Oerlikon | 89 |
| Swissprinters | 70 |
| Nexis Fiber | 65 |
| Metalor | 50 |
| Saia-Burgess | 50 |
| Schindler | 36 |
| Ulysse Nardin | 21 |

* 1000 IM JAHR 2008, IM JAHR 2009: 300 BIS 400
** ABBAU ZWISCHEN ANFANG 2008 UND ENDE MÄRZ 2009

mit Firmen, die Probleme mit Banken haben. Diese umfasst derzeit 25 Unternehmen. Deshalb schlug Swissmem-Präsident Johann Schneider-Ammann die Schaffung eines 5 Milliarden schweren Überbrückungsfonds vor. Die Idee gewinnt immer breitere Unterstützung. Auch der Verband Swissholdings, in dem 49 grosse Konzerne organisiert sind, ist alarmiert: «Im schlechtesten Fall muss der Fonds in den nächsten sechs Monaten stehen», sagt Silvan Jampen, Sprecher von Swissholdings. Der Verband hat auf Klagen seiner Mitglieder schon im März begonnen, nach Lösungen gegen Kreditrationierung zu suchen.

Ohne Überbrückungsfonds steht Werkplatz am Abgrund

Auch der Wirtschaftsverband Economiesuisse hat den Ernst der Lage erkannt. Am Montag wird der Überbrückungsfonds in einer Kommissionssitzung thematisiert. Präsident Gerold Bühler sagt: «Mit Blick auf eine Verschärfung der Krise sind weitere Varianten, so auch die Fonds-Lösung, zu prüfen.» Zwar würde Bühler eine Lösung ohne Staatsgarantie vortreiben, doch in einem «Worst-Case-Szenario» wäre für den Freisinnigen die Staatshilfe wohl nicht mehr tabu.

Viele Industrielle sind sich einig: Ohne Überbrückungsfonds

«Banken greifen ins tägliche Geschäft ein»

Ulf Berg, Swissmem-Vorstand und ehemaliger Präsident von Sulzer, über das wahre Ausmass der Krise

Wie schätzen Sie die Lage der Schweizer Industrie ein?

Die Lage bei den Swissmem-Firmen ist schlimm. Aber ein grosser Teil der brutalen Einbrüche kommt noch. Vom wahren Ausmass der Krise haben viele keine Vorstellung.

Zum Beispiel Doris Leuthard? Wie schätzen die Lage vermutlich realitätsnäher ein als Regierungen, die mit statistischen Zahlen operieren. Es bleibt 2009 und 2010 sehr, sehr schwierig.

Wer hat Probleme?
Es gibt zwei Arten von Firmen:

Die einen hatten sich verspekuliert oder bereits vor der Krise Probleme. Die anderen erhalten noch Bestellungen, allerdings zu tieferen Preisen und längeren Zahlungsfristen. Das Problem ist: Auch diese gut aufgestellten Firmen bekommen jetzt Liquiditätsprobleme. Diese Firmen muss man dringend halten.

Wie soll das gehen?

Leute zu entlassen, ist das Falsche. Das Geld, das in die Arbeitslosenkassen fliesst, sollten wir besser früher im Prozess in einen Bürgerschaftsfonds zur Überbrückung

der Einbrüche stecken, wie das Deutschland macht.

Die Kreditversorgung der Banken klappt nicht richtig?

Sie geben inzwischen auch gut geführten Unternehmen weniger Geld. Die Banken denken zum Teil kurzfristig.

In den Verhandlungen fordern die Banken Entlassungen.

Noch ist das Phänomen nicht flächendeckend. Aber es gibt viele Einzelfälle, wo Banken solche und weitere Forderungen stellen.

Welche Forderungen?

Höhere Zinsen, Verkauf von

Firmenteilen, Kapitaleinlagen und direkter Eingriff in das tägliche Geschäft.

Sie befürchten, dass damit der Industriestandort kaputtgeht?

Die industrielle Stärke der Schweiz muss man retten. Alles hängt daran – vom Spitzenknowhow bis zum Lehrlingswesen. Ich hoffe, dass wir nicht die gleichen Fehler machen wie England. Da liess man einen grossen Teil der Industrie absterben – mit verheerenden Folgen. Auch für die Banken, weil ihnen die Geschäftsbasis fehlt. (BS)

Verkaufsflächen so gross wie 115 Fussballfelder geplant

HERGISWIL NW Der französische Sportfachhändler Decathlon steht kurz vor dem Schweizer Markteintritt. 2010 soll in der Waadt der erste Laden eröffnet werden. Ein Standort sei schon gefunden, heisst es in Handelskreisen.

Der Discounter unter den Sportartikelanbietern will das nicht kommentieren. Es seien noch keine Verträge unterzeichnet, sagt Expansionsleiterin Florence Valcke. Sie sucht seit 2008 mit vier Mitarbeitern in der Schweiz nach Standorten für die im Schnitt 4000 m² grossen Märkte. Man wolle mit einem Markt starten und dann rasch expandieren. Die Krise ändere nichts daran. Decathlon gehört zur Oxyane-Gruppe, die 5 Milliarden Euro umsetzt.

Die Ausbaupläne ausländischer Händler treibt das Wachstum der

Detailhandelsflächen in der Schweiz weiter an. Insgesamt sind 820 000 m² zusätzliche Flächen in Planung. Das zeigt die Studie «Detailhandel Schweiz 2009» von GfK Switzerland, die am Dienstag präsentiert wird.

Die Expansion der deutschen Discounter Lidl und Aldi macht 200 000 m² aus. Am meisten Fläche beanspruchen die 22 geplanten Einkaufszentren mit insgesamt 500 000 m². Neun der Shoppingtempel werden bis 2010 eröffnet sein. Grund für die Expansion sind laut GfK hohe Renditen von rund 8 Prozent. Mietverträge hätten eine lange Laufzeit, und Mieter seien nach wie vor bereit, für gute Lagen viel zu bezahlen. GfK-Experte Thomas Hochreutener: «Die Rezession wird die Situation beruhigen.»

BENITA VOGEL

Cablecom soll UPC heissen

Der neue Chef prüft Änderung des Firmennamens

ZÜRICH Der neue Cablecom-Chef Eric Tveter will beim grössten Schweizer Kabelnetzbetreiber ein neues Kapitel aufschlagen. Offenbar beabsichtigt der Amerikaner, der sein Amt im Mai angetreten hat, den Firmennamen Cablecom zu schleifen. Stattdessen soll die Firma UPC Broadband heissen. Unter diesem Markennamen tritt die Mutter von Cablecom, Liberty Global, in Europa auf.

Kommunikationschef Hans-Peter Nehmer meint dazu vielsagend: «Im Zuge einer immer intensiveren und engeren Zusammenarbeit mit unserem Mutterhaus UPC Broadband und der geplanten Einführung neuer Fiber-Power-Produkte in ganz Europa könnte ein Rebranding durchaus Sinn machen. Entschieden ist noch nichts.»



Liberty Global ist mit der Marke UPC in 10 europäischen Märkten präsent, darunter in Holland (Hauptsitz), Belgien und Österreich. Nur in der Schweiz tritt sie unter der Marke Cablecom auf. Die Schweizer Niederlassung kämpfte in den letzten Jahren mit Imageproblemen wegen Senderabschaltungen und dürftigem Kundendienst. Der langjährige Chef Rudolf Fischer trat letzten Herbst zurück.

BEAT SCHMID

Bankgeheimnis ist Geschichte

Liechtenstein: Abkommen mit den USA gilt bereits

VADUZ FL Das «Übereinkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen» zwischen Liechtenstein und den USA besiegelt das Ende des liechtensteinischen Bankgeheimnisses – und zwar per sofort. Zwar tritt das Abkommen, das der SonntagsZeitung vorliegt, offiziell erst am 1. Januar 2010 in Kraft, es gilt jedoch bereits für die Steuerperiode 2009. Der liechtensteinische Landtag hat es letzte Woche einstimmig verabschiedet.

Da die Abkommen mehr oder weniger standardisiert sind, dürfte der amerikanisch-liechtensteinische Staatsvertrag weitgehend mit dem Doppelbesteuerungsabkommen übereinstimmen, das die Schweiz und die USA vor zehn Tagen vereinbart haben.

Liechtenstein hat sich verpflichtet, sein Bankgeheimnis per Ge-

setz aufzuweichen. Das Ländle muss nämlich «sicherstellen», dass es Informationen bei Banken und anderen Finanzinstituten beschaffen kann. Als Informationen gelten «alle Tatsachen, Erklärungen, Unterlagen oder Aufzeichnungen jeglicher Art».

Die doppelte Strafbarkeit ist für die Informationslieferung keine Voraussetzung mehr. Neu liefert Liechtenstein schon bei «vorsätzlichem Verhalten in Steuersachen». Immerhin: Laut Wortlaut des Abkommens muss ein Informationsersuchen die «Identität des Steuerzahlers» umfassen.

Pikant: Künftig dürfen amerikanische Steuerermittler vor Ort im Ländle Personen befragen und Unterlagen prüfen. Auch an Steuerprüfungen dürfen sie anwesend sein.

JEAN FRANÇOIS TANDA